

**STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN**

**Wirtschaftskalender**

**1967**



Bestellnummer : 100500 - 67  
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

## I n h a l t

	Seite
1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1967	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1967	19
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	
1967	20
1968	21

Erschienen im J u n i 1968

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 1,--



Wirtschaftskalender für das Jahr 1967.

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse 1967.

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
1	1. Januar	<p style="text-align: center;">J A N U A R</p> <p>Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1967 vom 7. Juli 1967.</p> <p>Der Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967 wird in Einnahme und Ausgabe auf rd. 77 014 (1966 = 69 906) Mrd. DM festgestellt, und zwar im ordentlichen Haushalt auf rd. 68 961 (1966 = 68 470) Mrd. DM und im außerordentlichen Haushalt auf 8 053 (1966 = 1 436) Mrd. DM</p>	Staatseinnahmen und -ausgaben
2		<p>Lohn- und Gehaltserhöhungen:</p> <p>In der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Bundesgebiet (in Bayern ab 1. April) Löhne um 1,9 %, Gehälter um 2 %</p> <p>im Einzelhandel in Baden-Württemberg Gehälter um 3,4 bis 5,3 %</p> <p>in der Bekleidungsindustrie in Rheinland-Pfalz Gehälter um 6 %</p> <p>in der Holzverarbeitenden Industrie in Bayern Löhne um 3,4 bis 6 %, Gehälter um 3,5 %, Löhne in Rheinland-Pfalz um 1,7 bis 1,9 %</p> <p>in der Energiewirtschaft in Norddeutschland Löhne um 2 bis 2,7 %, in Baden-Württemberg um 4,5 bis 4,7 %</p>	Löhne und Gehälter
3		<p>Arbeitszeitverkürzungen für Arbeiter und Angestellte:</p> <p>In der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Bundesgebiet von bisher 41 1/4 auf 40 Wochenstunden</p> <p>in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie im Bundesgebiet von bisher 41 auf 40 Wochenstunden</p> <p>in der Chemischen Industrie im Bundesgebiet (mit Ausnahme von Bremen und Berlin) für Arbeiter von bisher 42 1/2 auf 41 1/4 Wochenstunden</p>	Arbeitszeit
4		Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Steueränderungsgesetz 1966) vom 23. Dezember 1966.	Staatseinnahmen

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 4	noch 1. Januar	<p>Wichtigste Änderungen:</p> <p>Senkung der Kilometerpauschale für Fahrten von Arbeitnehmern mit eigenem Kraftfahrzeug zwischen Wohnung und Arbeitsplatz (Kraftfahrzeuge 50 Pf, Motorräder und -roller 16 Pf).</p> <p>Verlängerung der Festlegungsfristen für Sparverträge und der Sperrfrist für Bausparkassenbeiträge sowie der Mindestlaufzeit für bestimmte Lebensversicherungsverträge. Bausparen und Prämiensparen werden nicht mehr nebeneinander begünstigt.</p> <p>Erhöhung der Mineralölsteuer und Einschränkung des Mineralölprivilegs für gewerbliche Verbraucher</p>	
5		Zweites Gesetz über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer vom 9. März 1967; für 1967 und 1968: Bund je 37 %, Länder je 63 % (bisher 39 % zu 61 %)	Staatseinnahmen
6		Inkrafttreten des Neunten Rentenanpassungsgesetzes vom 28. Dezember 1966. Erhöhung der seit 1965 oder früher laufenden Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung um 8 %, der Renten für die 1964 oder früher eingetretenen Unfälle aus der gesetzlichen Unfallversicherung um 9 %	Rentenversicherung
7		<p>Inkrafttreten des Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts vom 28. Dezember 1966.</p> <p>Wichtigste Änderungen:</p> <p>Erhöhung der Grund- und Ausgleichsrenten, Verbesserung der Witwen-, Waisen- und Elternversorgung, Neuregelung für Heilbehandlung sowie der Anrechnungsvorschriften</p>	Kriegsofferversorgung
8		Zweites Rentenversicherungs-Änderungsgesetz vom 23. Dezember 1966 bezieht Personen, die bei ihrem Ehegatten gegen Entgelt beschäftigt sind, in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Besondere Bestimmungen über Befreiung und Nachversicherung	Rentenversicherung

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
9	noch 1. Januar	Inkrafttreten der Neuregelung der Altersversorgung im öffentlichen Dienst. Durch einen zwischen den Tarifpartnern abgeschlossenen "Versorgungsvertrag" erhalten 1,2 Mill. Angestellte und Arbeiter des Bundes, der Länder und Gemeinden eine beamtenähnliche Altersversorgung	Rentenversicherung
10		Beitragserhöhung um durchschnittlich 0,4 % bei den größten Ersatzkassen für pflicht- und freiwilligversicherte Mitglieder	Krankenversicherung
11		Bundespost verzinst Spareinlagen mit jährlicher Kündigungsfrist mit 5 1/2 %	Geld und Kredit
12		Prämiensätze in der Haftpflichtversicherung für Personenkraftwagen und Kombifahrzeuge um 7 1/2 %, in Großstädten um 12 1/2 % erhöht	Versicherung
13		Anwendung der Qualitätsnormen auf sämtliche Güteklassen für bestimmte Obst- und Gemüsearten (Verordnung Nr. 158/66/EWG des Rates vom 25. Oktober 1966)	Handel
14	6. Januar	Bundesbank ermäßigt Diskontsatz von 5 auf 4 1/2 %, Lombardsatz von 6 1/4 auf 5 1/2 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere um 1/4 %	Geld und Kredit
15		Der zur Erleichterung der Finanzierung von Exportgeschäften geschaffene Plafond B der Ausfuhrkredit-GmbH um 600 Mill. auf 1,5 Mrd. DM aufgestockt. Zinsen für Kredite von bisher 6 1/2 auf 6 % ermäßigt	Ausfuhrkredit
16	17. Januar	Bundesbank ermäßigt erneut Abgabesätze für Geldmarktpapiere mit Wirkung vom 17. Januar 1967 um 1/8 %, mit Wirkung vom 20. Januar 1967 um 1/4 %	Geld und Kredit
17	30. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 11. Februar)	Handel

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgender Sachgebieten
18	1. Februar	<p style="text-align: center;">F E B R U A R</p> <p>Lohn- und Gehaltserhöhungen:</p> <p>In der Chemischen Industrie für die Tarifgebiete Reg.-Bezirke Aachen, Düsseldorf und Köln sowie in Hessen und Rheinland-Pfalz um 3,6 bis 3,9 %</p> <p>in der Holzverarbeitenden Industrie in Niedersachsen Löhne um 1,9 %, in Hessen um 3,1 bis 3,3 %</p> <p>in der Bekleidungsindustrie in Bayern Löhne um rd. 3,6 %</p>	Löhne und Gehälter
19		Mindestreservesätze der Kreditinstitute für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden auf den derzeitigen Stand der Inlandsreservesätze (9 %) gesenkt	Geld und Kredit
20		<p>Inkrafttreten der Dritten Verordnung zur Änderung der Zinsverordnung vom 20. Januar 1967.</p> <p>Höchstsätze für Habenzinsen herabgesetzt:</p> <p>für Spareinlagen</p> <p style="padding-left: 20px;">mit gesetzlicher Kündigungsfrist von 4 1/2 auf 4 %,</p> <p style="padding-left: 20px;">mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber von 5 1/2 auf 5 %</p>	Geld und Kredit
21	10. Februar	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 110 Mill. DM. Zinssatz 7 %, Ausgabekurs 96 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre	Geld und Kredit
22	16. Februar	<p>Inkrafttreten der Ersten Verordnung über steuerliche Konjunkturmaßnahmen vom 10. Februar 1967.</p> <p>Zur Förderung der Investitionstätigkeit der Wirtschaft sind vom 20. Januar bis 31. Oktober zusätzliche Sonderabschreibungen in Höhe von 10 % für bewegliche Güter und 5 % für unbewegliche Güter des Anlagevermögens möglich</p>	Steuern
23		Im Rahmen des Kreditfinanzierungsgesetzes 1967 (siehe lfd. Nr. 39) stellt die Bundesregierung zur Belebung der Investitionstätigkeit und zur Sicherung des Wirtschaftswachstums ohne gesetzliche Maßnahme 850 Mill. DM bereit (u. a. für die Bereiche Bundesbahn, Bundespost, Fernstraßenbau)	Staatsfinanzen

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgender Sachgebieten
24	17. Februar	Bundesbank ermäßigt Diskontsatz von 4 1/2 auf 4 %, Lombardsatz von 5 1/2 auf 5 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere um 3/8 %	Geld und Kredit
25	20. Februar	Der zur Erleichterung der Finanzierung von Exportgeschäften geschaffene Plafond A der Ausfuhrkredit-GmbH durch Lombardzusage der Bundesbank um 300 Mill. auf 1,8 Mrd. DM aufgestockt	Ausfuhrkredit
26	1. März	M Ä R Z  Lohn- und Gehaltserhöhungen: In der Chemischen Industrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg (ausgenommen Südbaden) um etwa 3,2 bis 3,8 %  in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie in Niedersachsen und Bremen Löhne um etwa 2,1 bis 5,6 %  im Privaten Bankgewerbe sowie bei Volksbanken im Bundesgebiet Gehälter um 2,9 bis 4,6 %  in der Bekleidungsindustrie in Hessen Löhne um 5,8 bis 7,3 %, Gehälter um 6 %	Löhne und Gehälter
27		Die von den Kreditinstituten bei der Notenbank zinslos zu haltenden Mindestreserveeinlagen werden um 10 % ihres derzeitigen Standes gesenkt	Geld und Kredit
28		Siebentes Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 28. Dezember 1966. Erhöhung der Tabaksteuer für Zigaretten, Zigarillos und Rauchtabak	Steuern
29		Inkrafttreten der Entscheidung Nr. 1/67/EGKS vom 21. Februar 1967 über Kokskohle und Koks für die Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft.  Wettbewerbsstellung der in der Gemeinschaft geförderten Kohle soll gegenüber der aus Drittländern eingeführten Kohle verbessert werden. Einrichtung eines gemeinschaftlichen, zeitlich begrenzten Systems von Beihilfen für Bergbauunternehmen, um Preise für Kokskohle und Koks für die Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft zu senken	Eisen und Stahl

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
30	noch 1. März	Deutsch-indisches Kreditabkommen über einen gebundenen Kredit in Höhe von rund 240 Mill. DM unterzeichnet	Entwicklungshilfe
31	22. März	Inkrafttreten der Entscheidungen 3-6/67/EGKS vom 15. März 1967 über die Genehmigung des gemeinschaftlichen Verkaufs von Walzstahl der in den Walzstahlkontoren zusammengeschlossenen Unternehmen der Stahlindustrie (Genehmigung von vier deutschen Walzstahlkontoren). Die Entscheidungen gelten bis 30. Juni 1971	Eisen und Stahl
32	28. März	Begebung einer Anleihe der Bundesbahn in Höhe von 170 Mill. DM. Zinssatz 7 %, Ausgabekurs 97 1/2 %, Laufzeit 11 Jahre	Geld und Kredit
33	1. April	A P R I L	Löhne und Gehälter
		Lohn- und Gehaltserhöhungen: In der Chemischen Industrie in Westfalen, Südbaden und Bayern Löhne und Gehälter um etwa 3,4 bis 3,8 % in der Holzverarbeitenden Industrie in Hamburg und Bremen Löhne um etwa 2,0 bis 2,3 % im Groß- und Einzelhandel in Niedersachsen und Bayern Löhne und Gehälter um etwa 3,3 bis 3,9 % im Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen Löhne und Gehälter um etwa 4,2 bis 6,6 %	
34		Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter und Angestellte: In der Holzverarbeitenden Industrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen von bisher 41 auf 40 Wochenstunden	Arbeitszeit
35		Siebentes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 10. März 1967. Anhebung der Hauptbeträge des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe um 15 % und andere Verbesserungen	Arbeitslosenversicherung

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
36	noch 1. April	Verordnung über die Aufhebung der Zinsverordnung und von Bestimmungen über die Kosten für Teilzahlungsfinanzierungs- und Kleinkredite vom 21. März 1967.  Freigabe der bisher gebundenen Einlagezinsen (Habenzinsen) und Kreditzinsen (Sollzinsen) sowie der Gebühren für Teilzahlungsfinanzierungs- und Kleinkredite	Geldmarkt
37	14. April	Bundesbank ermäßigt erneut  Diskontsatz von 4 auf 3 1/2 %, Lombardsatz von 5 auf 4 1/2 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere je nach Laufzeit um 1/8 bis 1/2 %	Geldmarkt
38	15. April	Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Stilllegung von Steinkohlenbergwerken vom 11. April 1967.  Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere GmbH unter bestimmten Voraussetzungen von Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Gesellschaftsteuer und Umsatzsteuer befreit.  Steuerliche Vergünstigungen für Veräußerungsgewinne und für Stilllegungsprämien	Steinkohlenbergbau Steuern
39		Gesetz über die Aufnahme und Bereitstellung von Krediten zur Belebung der Investitionstätigkeit und zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums im Rechnungsjahr 1967 (Kreditfinanzierungsgesetz 1967) vom 11. April 1967.  Zur Belebung der Investitionstätigkeit soll die Bundesregierung im Rechnungsjahr 1967 2,5 Mrd. DM an Krediten beschaffen.  Ausgabe von 850 Mill. DM im "Sofortprogramm" nunmehr gesetzlich geregelt (siehe lfd. Nr. 23)	Staatsfinanzen Kapitalmarkt
40	25. April	Begebung einer Bundesanleihe in Höhe von 250 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 97 1/4 %, Laufzeit 12 Jahre	Kapitalmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		M A I	
41	1. Mai	Lohn- und Gehaltserhöhungen: In der Chemischen Industrie im Saarland um 3,4 bzw. 3,8 %	Löhne und Gehälter
42		Zentralbankrat senkt Mindestreservesätze der Kreditinstitute erneut um 5 % gegenüber dem Stand vom Februar 1967	Kreditwesen
43	6. Mai	Abschluß der deutsch-britisch-amerikanischen Dreiergespräche über Devisenhilfe zur Erleichterung der Stationierungskosten.  Während des Zeitraums Juli 1967 bis Juni 1968 Kauf von mittelfristigen amerikanischen Staatspapieren in Höhe von rd. 2 Mrd. DM durch die Deutsche Bundesbank.  In der Zeit von April 1967 bis März 1968 Ausgaben von 550 Mill. DM für militärische und zivile Beschaffungen in Großbritannien	Zahlungsbilanz Wertpapiermarkt
44	8. Mai	Bundesbank ermäßigt erneut Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen:  mit Wirkung vom  8. Mai um 1/8 bis 1/4 %, je nach Laufzeit, 10. Mai um je 1/8 % bei Laufzeiten von 1 1/2 und 2 Jahren	Geldmarkt
45	11. Mai	Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 3. Mai 1967.  Wichtigste Auswirkungen:  Erhöhung der Grundbeträge für Hauptentschädigung. Zonenflüchtlinge können Vermögensabgaben stunden lassen, wenn sie Vermögensschäden in der Zone nachweisen	Lastenausgleich
46	12. Mai	Bundesbank ermäßigt erneut:  Diskontsatz von 3 1/2 auf 3 %, Lombardsatz von 4 1/2 auf 4 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere, und zwar um 1/4 % für unverzinsliche Schatzanweisungen und um 3/8 % für Schatz- und Vorratsstellenwechsel	Geldmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgender Sachgebieten
47	30. Mai	Verordnung über die Festsetzung des Richtpreises für Milch für das Milchwirtschaftsjahr 1967/68 vom 30. Mai 1967 (am 3. April in Kraft getreten).  Richtpreis ab Hof für ein Kilogramm Milch mit einem Fettgehalt von 3,7 % wird auf 38,5 Pf festgesetzt	Preise
48	1. Juni	J U N I  Lohnerhöhungen:  in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie im Bundesgebiet (außer Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Berlin) um etwa 2,1 bis 5,6 %  in der Holzverarbeitenden Industrie in Rheinland-Pfalz und Saarland um etwa 1,7 bis 2,2 %	Löhne
49	2. Juni	Umsatzsteuergesetz (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967. Ablösung der bisher angewandten Bruttoumsatzsteuer durch eine Nettoumsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ab 1. Januar 1968 (Darstellung der wichtigsten Auswirkungen im Wirtschaftskalender zum 1. Vierteljahr 1968)	Steuern
50		Bundesbank ermäßigt erneut:  Abgabesätze für kurzfristige Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel um je 1/4 %	Kreditmarkt
51	6. Juni	Aufgrund der israelisch-arabischen Kriegshandlungen verfügt die Vereinigte Arabische Republik die Sperrung des Suezkanals	Seeschifffahrt
52	11. Juni	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Preise für Milch vom 2. Juni 1967.  Festsetzung von gestaffelten Preisen für Trinkmilch (Mindestfettgehalt 3 %) und Markenmilch nach Art der Auslieferung und der Abfüllung. Für Verbraucher z. B. Erhöhung des Milchpreises um durchschnittlich 2 Pf auf 52 Pf bis 77 Pf je Liter	Preise

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
53	14. Juni	<p>Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967.</p> <p>Schaffung eines Instrumentariums zur Konjunktursteuerung der Wirtschaft. Die wichtigsten Bestimmungen sind:</p> <p>Bund und Länder haben bei ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten;</p> <p>Bundesregierung legt Bundestag und Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor;</p> <p>Bundesregierung stellt Orientierungsdaten für "konzertierte Aktionen" bei Gefährdung des wirtschaftlichen Gleichgewichts auf und beschließt Maßnahmen für eventuelle Beseitigungen von außenwirtschaftlichen Störungen;</p> <p>Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage bei der Deutschen Bundesbank;</p> <p>zur Konjunkturbelebung kann die Bundesregierung zusätzliche Kredite bis zu 5 Mrd. DM aufnehmen;</p> <p>Aufstellung konjunkturgerechter Haushaltspläne aufgrund einer fünfjährigen Finanzplanung und Erstellung mehrjähriger Investitionsprogramme;</p> <p>Richtlinien über Gewährung bestimmter Finanzhilfen aus Bundesmitteln;</p> <p>Bildung eines Konjunkturrates zur Abstimmung aller anstehenden konjunkturpolitischen Maßnahmen;</p> <p>Maßnahmen auf dem Gebiet der steuerlichen Sonderabschreibungen und Gewährung bestimmter Investitionsprämien;</p> <p>Variierung der Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zu 10 % nach oben und unten</p>	Staatsfinanzen Kapitalmarkt
54	19. Juni	Deutsch-türkisches Finanzhilfeabkommen in Höhe von rd. 184 Mill. DM unterzeichnet	Entwicklungshilfe
55	30. Juni	<p>Erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) zur Liberalisierung des Welthandels (Kennedy-Runde).</p> <p>Die beteiligten Länder, die etwa 80 % des gesamten Welthandels bestreiten, senken ihre Zölle für Industrieerzeugnisse über fünf Jahre gestaffelt um 30 bis 40 %, in einigen Fällen um 50 % und mehr</p>	Zölle

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
56	Juni	Durch Ölboykott der arabischen Staaten gegen einige westliche Länder - der im September größtenteils wieder aufgehoben wurde - und Sperrung des Suezkanals Verteuerung verschiedener Mineralölprodukte wie Heizöl, Benzin und Dieselkraftstoff	Preise
57	1. Juli	<p style="text-align: center;">J U L I</p> <p>Lohn- und Gehaltserhöhungen:</p> <p>im Baugewerbe im Bundesgebiet Löhne stufenweise im allgemeinen um 3,4 %</p> <p>in der Schuhindustrie im Bundesgebiet um 1 bis 1,7 %</p> <p>in der Textilindustrie in Nord- und Südbayern sowie in Hessen Löhne um 2,3 bis 2,5 %</p> <p>im Groß- und Außenhandel in Hamburg Gehälter um 2,9 %</p> <p>im Privaten Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet Gehälter um 2,8 %</p> <p>für die deutsche Seeschifffahrt Heuersatz um 3 %</p>	Löhne und Gehälter
58		<p>Inkrafttreten der gemeinsamen Marktordnung mit einheitlichen Preisen für Getreide und Fette in allen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Nach Ablauf einer Übergangsfrist (längstens 3 Monate) auch für Schweinefleisch, Eier und Geflügel.</p> <p>(Verordnungen Nr. 120, 121, 122, 123/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 sowie Nr. 136/66 vom 22. September 1966)</p>	Landwirtschaft Handel Zölle Preise
59		<p>Im Warenverkehr mit Ländern der EWG Binnenzollsätze gesenkt für</p> <p>Waren der gewerblichen Wirtschaft von 20 auf 15 %,</p> <p>landwirtschaftliche Erzeugnisse, die nicht einer Marktordnung unterliegen, um 10 bis 15 % auf einheitlich 25 %.</p> <p>Zolltarif-Verordnung (Deutscher Zolltarif 1967) vom 22. Juni 1967 sowie Fünfte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1967 vom 27. Juli 1967</p>	Zölle
60		Mindestreservesätze der Kreditinstitute für reservepflichtige Verbindlichkeiten erneut um etwa 8 % gegenüber dem Stand vom Mai 1967 gesenkt	Geldmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
61	noch 1. Juli	Bundespost senkt Zinssatz für Spareinlagen: mit gesetzlicher Kündigungsfrist von 4 auf $3 \frac{1}{2}$ %, mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten von 5 auf $4 \frac{3}{4}$ %, mit vereinbarter Kündigungsfrist von $2 \frac{1}{2}$ Jahren von 6 auf $5 \frac{1}{2}$ %	Geldmarkt
62	13. Juli	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 300 Mill. DM. Zinssatz $6 \frac{1}{2}$ %, Ausgabekurs $98 \frac{1}{2}$ %, Laufzeit 10 Jahre	Kapitalmarkt
63	14. Juli	Bekanntmachung der Richtlinien über die zeitlich begrenzte Gewährung eines Härteausgleichs im Steinkohlenbergbau.  Gewährung eines Härteausgleichs für Bergbaubeschäftigte in Nordrhein-Westfalen und im Saarland für Verdienstausfälle sowie Zahlung eines Abfindungsgeldes für aus Anlaß von Stilllegungsmaßnahmen entlassene Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus	Bergbau Staatsfinanzen
64	18. Juli	Verkauf von Kassenobligationen des Bundes durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 300 Mill. DM, Zinssatz 5 %.  Davon 100 Mill. DM zum Mindestausgabekurs von $98 \frac{5}{8}$ %, Laufzeit 3 Jahre; 200 Mill. DM zum Mindestausgabekurs von 97 %, Laufzeit 4 Jahre	Geldmarkt
65	Juli	Tankstellenpreise für leichtes Heizöl, Benzin und Dieselkraftstoff von den meisten Mineralölgesellschaften durchschnittlich bis zu 3 Pf je Liter (regional unterschiedlich) erhöht	Preise
66	31. Juli	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 12. August)	Handel

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
67	1. August	<p style="text-align: center;">A U G U S T</p> <p>Lohn- und Gehaltserhöhungen:  im Baugewerbe im Bundesgebiet Gehälter um 3,4 %  im Dachdeckerhandwerk im Bundesgebiet Löhne um 3,3 %  in Einzelbereichen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und z. T. in Bayern um 2,6 bis 3 %  im Einzelhandel in Bayern sowie bei Konsumgenossenschaften in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Löhne um 3,4 bzw. 4,4 %, Gehälter um 2,2 bzw. 1,9 bis 3,6 %</p>	Löhne und Gehälter
68		Mindestreservesätze der Kreditinstitute für reservepflichtige Verbindlichkeiten erneut um etwa 6 % gegenüber dem Stand vom Juli 1967 gesenkt	Geldmarkt
69	11. August	Bundesbank ermäßigt Lombardsatz von 4 auf 3 1/2 %	Geldmarkt
70	21. August	Zur Erweiterung des innerdeutschen Handels erleichtert Bundesregierung Zahlungsverkehr im Interzonenhandel und erhöht Wertgrenze vorwiegend für Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus sowie für elektrotechnische Erzeugnisse, Büromaschinen und Gießereierzeugnisse	Interzonenhandel
71	1. September	<p style="text-align: center;">S E P T E M B E R</p> <p>Lohn- und Gehaltserhöhungen:  für einzelne Gruppen innerhalb der Industrie der Steine und Erden in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Saarland um 1,4 bis 3,1 % (z. T. bereits ab 1. August in Kraft)</p>	Löhne und Gehälter
72		Mindestreservesätze der Kreditinstitute für Spareinlagen um etwa 11 %, für alle anderen reservepflichtigen Verbindlichkeiten erneut um etwa 2,5 % ihres letzten Standes gesenkt	Geldmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
73	12. September	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 170 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 98 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre	Kapitalmarkt
74	1. Oktober	<p style="text-align: center;">O K T O B E R</p> Lohn- und Gehaltserhöhungen: in der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen Löhne um etwa 3,3 %, Gehälter um etwa 4,2 % in Einzelbereichen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland in einzelnen Tarifgebieten Löhne um etwa 2 bis 3 %, Gehälter um etwa 2,5 bis 3 %	Löhne und Gehälter
75		Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Bayern von bisher 44 auf 42 Wochenstunden der Holzverarbeitenden Industrie in Bayern von 42 auf 41 Wochenstunden	Arbeitszeit
76		Bundespost senkt erneut Zinssatz für Spareinlagen mit vereinbarter jährlicher Kündigungsfrist von 4 3/4 auf 4 1/2 %	Geldmarkt
77	4. Oktober	Deutsch-israelisches Abkommen über projektgebundene Wirtschaftshilfe in Höhe von 160 Mill. DM unterzeichnet	Entwicklungshilfe
78	11. Oktober	Verkauf von Kassenobligationen des Bundes durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 200 Mill. DM, Zinssatz 5 % Davon 70 Mill. DM zum Mindestausgabekurs von 99 % (Verkaufskurs 99 3/8 %), Laufzeit 3 Jahre; 130 Mill. DM zum Mindestausgabekurs von 97 1/8 %, Laufzeit 4 Jahre	Geldmarkt
79	25. Oktober	Bundesbank ermäßigt erneut Abgabesatz für Schatzwechsel des Bundes mit einer Laufzeit von 30 bis 59 Tagen (Fälligkeiten bis Ende Dezember) um 5/8 auf 2 %	Kreditmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgender Sachgebieten
80	1. November	<p style="text-align: center;">N O V E M B E R</p> <p>Lohn- und Gehaltserhöhungen: in Einzelbereichen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern in einzelnen Tarifgebieten Löhne um 1,2 bis 3,3 %, Gehälter um etwa 2,3 bis 2,8 %</p>	Löhne und Gehälter
81	6. November	Regional unterschiedliche Benzinpreissenkung der meisten Mineralölgesellschaften (zwischen 0,5 und 3,4 Pf je Liter)	Preise
82	9. November	<p>Bundesbank ermäßigt erneut Abgabesätze für Schatzwechsel des Bundes mit einer Laufzeit von 30 bis 59 Tagen (Fälligkeiten bis Ende Dezember)</p> <p>mit Wirkung vom</p> <p style="padding-left: 40px;">9. November 1967 um 1/4 auf 1 3/4 %,</p> <p style="padding-left: 40px;">10. November 1967 um 1/4 auf 1 1/2 %</p>	Kreditmarkt
83	10. November	<p>Verkauf von Kassenobligationen des Bundes durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 200 Mill. DM, Zinssatz 5 %.</p> <p>Davon</p> <p style="padding-left: 40px;">100 Mill. DM zum Mindestausgabekurs von 99 3/8 % (Verkaufskurs 99 5/8 %), Laufzeit 3 Jahre;</p> <p style="padding-left: 40px;">100 Mill. DM zum Mindestausgabekurs von 97 3/8 % (Verkaufskurs 97 1/2 %), Laufzeit 4 Jahre</p>	Geldmarkt
84	18. November	Abwertung des Pfund Sterling um 14,3 % von 2,80 US-Dollar (11,20 DM) auf 2,40 US-Dollar (9,60 DM)	Geldmarkt Außenhandel

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgender Sachgebieten
85	1. Dezember	<p style="text-align: center;">D E Z E M B E R</p> <p>Lohn- und Gehaltserhöhungen:  im Braunkohlenbergbau im Rhein-Revier Löhne um 3,8 %, Gehälter um 8,1 bis 9,2 %  in Einzelbereichen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz Löhne in einzelnen Tarifgebieten um 2,3 bis 3,2 %</p>	Löhne und Gehälter
86	20. Dezember	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 98 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre	Kapitalmarkt.
87	23. Dezember	<p>Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, I. Teil (Zweites Steueränderungsgesetz 1967) vom 21. Dezember 1967.</p> <p>Wichtigste Änderungen:</p> <p>Ab 1968 3 %ige Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bei zu versteuernden Einkommen ab 16 020 DM (Splitting ab 30 040 DM). Körperschaftsteuer der Sparkassen im Ausmaß von 35 % (bisher steuerfrei) und der Kreditgenossenschaften im Ausmaß von 32 % (bisher 19 %)</p>	Staatsfinanzen Steuern

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1967

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langj. Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Januar	+0,8 bis +1,7 <sup>1)</sup>	65 bis 100 <sup>2)</sup>	60 bis 90 <sup>3)</sup>	Im ganzen Bundesgebiet zu warm, im Norden und Süden zu naß, wenig Sonne
Februar	+2,1 bis +3,0 <sup>4)</sup>	80 bis 130 <sup>5)</sup>	100 bis 130 <sup>6)</sup>	Wesentlich zu warm und überwiegend zu naß. Die Sonnenscheindauer überschritt verbreitet die Normalwerte
März	+1,0 bis +1,9 <sup>7)</sup>	115 bis 185	70 bis 100	Zu warm, sehr niederschlagsreich, verbreitet wenig Sonne
April	-1,0 bis -1,5 <sup>8)</sup>	80 bis 120 <sup>9)</sup>	90 bis 110	Im ganzen Bundesgebiet zu kalt, überwiegend zu trocken. Die Sonnenscheindauer bewegte sich um die Bezugswerte
Mai	+0,5 bis 0,0 <sup>10)</sup>	120 bis 180 <sup>11)</sup>	90 bis 100 <sup>12)</sup>	Im Norden etwas zu warm, im mittleren und südlichen Bundesgebiet etwas zu kalt. Überwiegend zu naß. Die Sonnenscheindauer blieb größtenteils unter den Bezugswerten
Juni	-0,5 bis -1,0 <sup>13)</sup>	60 bis 120	85 bis 100 <sup>14)</sup>	Zu kühl und größtenteils zu naß. Die Sonnenscheindauer bewegte sich um die Bezugswerte
Juli	+1,3 bis +2,0 <sup>15)</sup>	45 bis 85	115 bis 135	Fast im ganzen Bundesgebiet zu warm und größtenteils zu trocken. Die Sonnenscheindauer überschritt überall die Bezugswerte
August	-0,6 bis -0,1 <sup>16)</sup>	70 bis 130	90 bis 110	Im nördlichen und mittleren Bundesgebiet etwas zu kalt, gebietsweise uneinheitlicher Niederschlag
September	-0,5 bis +1,6 <sup>17)</sup>	80 bis 160	70 bis 95	im Norden etwas zu warm. Überwiegend zu naß, wenig Sonne
Oktober	+1,5 bis +3,0 <sup>18)</sup>	100 bis 140 <sup>19)</sup>	70 bis 100 <sup>20)</sup>	Zu warm. Im mittleren, nördlichen und südwestlichen Bundesgebiet zu naß, im Süden gebietsweise zu trocken. Sonnenscheindauer größtenteils normal, im Süden wesentlich darüber
November	-1,0 bis +0,3	90 bis 150 <sup>21)</sup>	100 bis 160	Überwiegend etwas zu kalt und nur gebietsweise zu naß und an der Küste sowie im Süden zu warm. Sonnenscheindauer über dem Normalwert
Dezember	0,0 bis -0,9 <sup>22)</sup>	130 bis 150 <sup>23)</sup>	60 bis 120	Größtenteils sehr kalt und niederschlagsreich. Sonnenscheindauer überwiegend unter dem Normalwert

1) Nordwesten +1,6 bis +2,4°C. - 2) Norden und Süden 90 bis 150 %. - 3) Südlich des Mains 60 bis 110 %. - 4) Nördlich des Mains +1,6 bis +3,5°C. - 5) Süden 60 bis 130 %. - 6) Süden 115 bis 165 %. - 7) Norden +2,5 bis +3,1°C. - 8) Norden -0,5 bis -1,0°C. - 9) Süden 40 bis 105 %. - 10) Süden und Südwesten +0,2 bis -1,3°C. - 11) Süden 80 bis 130 %. - 12) Süden 95 bis 110 %. - 13) Süden +1,7 bis -1,4°C. - 14) Süden und Südwesten 90 bis 110 %. - 15) Norden +0,3 bis +1,0°C. - 16) Süden -0,4 bis +1,3°C. - 17) Norden +0,0 bis +1,6°C. - 18) Süden +2,4 bis +3,5°C. - 19) Süden 50 bis 140 %. - 20) Süden 95 bis 160 %. - 21) Süden 50 bis 100 %. - 22) Norden +0,2 bis -0,1°C. - 23) Süden 80 bis 110 %.

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt, Offenbach a. Main

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage 1967

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage <sup>1)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Sonnabende	
Januar	31	26 (25)	4	5 (6)
Februar	28	24	4	4
März	31	25	4	6
1. Vierteljahr	90	75 (74)	12	15 (16)
April	30	25	5	5
Mai	31	24 (23)	4	7 (8)
Juni	30	25	3	5
2. Vierteljahr	91	74 (73)	12	17 (18)
Juli	31	26	5	5
August	31	27 (26)	4	4 (5)
September	30	26	5	4
3. Vierteljahr	92	79 (78)	14	13 (14)
Oktober	31	26	4	5
November	30	25 (24)	4	5 (6)
Dezember	31	24	5	7
4. Vierteljahr	92	75 (74)	13	17 (18)
Kalenderjahr 1967	365	303	51	62
(Hessen)		(302)		(63)
(Bayern)		(302/300)		(63/65)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz)		(301)		(64)
(Baden-Württemberg, Saarland)		(300)		(65)
1. Halbjahr	181	149	24	32
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)		(148)		(33)
(Bayern)		(148/147)		(33/34)
(Baden-Württemberg)		(147)		(34)
2. Halbjahr	184	154	27	30
(Bayern)		(154/153)		(30/31)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)		(153)		(31)
(Saarland)		(152)		(32)

1) Einklammernte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf einen Wochentag fielen:

6. Januar (Hl. drei Könige)

25. Mai (Fronleichnam)

15. August (Mariä Himmelfahrt)

1. November (Allerheiligen)

in Baden-Württemberg und Bayern,

in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg,

im Saarland, gebietsweise in Bayern,

im Saarland, gebietsweise in Bayern,

in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzlicher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag (22. November) kein gesetzlicher Feiertag.

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage 1968

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage <sup>1)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Sonnabende	
Januar	31	26 (25)	4	5 (6)
Februar	29	25	4	4
März	31	26	5	5
1. Vierteljahr	91	77 (76)	13	14 (15)
April	30	24	4	6
Mai	31	25	4	6
Juni	30	23 (22)	5	7 (8)
2. Vierteljahr	91	72 (71)	13	19 (20)
Juli	31	27	4	4
August	31	27 (26)	5	4 (5)
September	30	25	4	5
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13 (14)
Oktober	31	27	4	4
November	30	25 (24)	5	5 (6)
Dezember	31	24	4	7
4. Vierteljahr	92	76 (75)	13	16 (17)
Kalenderjahr 1968	366	304	52	62
(Hessen)		(303)		(63)
(Bayern)		(303/301)		(63/65)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz)		(302)		(64)
(Baden-Württemberg, Saarland)		(301)		(65)
1. Halbjahr	182	149	26	33
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)		(148)		(34)
(Bayern)		(148/147)		(34/35)
(Baden-Württemberg)		(147)		(35)
2. Halbjahr	184	155	26	29
(Bayern)		(155/154)		(29/30)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)		(154)		(30)
(Saarland)		(153)		(31)

1) Einklammernte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf einen Wochentag fallen:

6. Januar (Hl. drei Könige)

13. Juni (Fronleichnam)

15. August (Mariä Himmelfahrt)

1. November (Allerheiligen)

in Baden-Württemberg und Bayern,

in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg,

im Saarland, gebietsweise in Bayern,

im Saarland, gebietsweise in Bayern,

in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im

Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzlicher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag (20. November) kein gesetzlicher Feiertag.